

Marx in Köln – Demokratie und Sozialismus

Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen

Köln, 14.04.2018

Die Kölner Marx-Konferenz der RLS NRW und von einem breiten Kreis unterstützender örtlicher Organisationen (Volkshochschule, DGB, Friedensbildungswerk, Sozialwissenschaftliche Hochschulgruppe, Sozialistisches Forum Rheinland, Frauengeschichtsverein, Club Dialektik) zum 200. Geburtstag von Marx ließ sich von der 170 Jahre zurückliegenden Revolution von 1848 inspirieren. Aus einem einfachen Grund. Marx wirkte im Verlauf der 1840er Jahre in Köln als politischer Redakteur (1842/43 und 1848/49) wie auch als Mitglied und zeitweiliger Präsident des 1848 gegründeten Kölner Arbeitervereins.

Einleitend stellte *Karl-Heinz Heineman* vom Vorstand der RLS NRW heraus, wie wenig die politische Inkubationszeit des jungen Marx vor Ort gewürdigt werde. Er wollte zwar nicht lokalpatriotische Rechte auf Marx beanspruchen, regte aber an, das von der Kölner Linksfraktion erwogene Konzept zu einer Würdigung Marxens beschleunigt umzusetzen. Vorerst wurde diese Lücke in einer kreativen Herangehensweise geschlossen: So fanden gleichgewichtig sich ergänzende Stadtführungen und Videoreportagen, Workshops und Podiumsdiskussionen statt. Abschließend sei vermerkt, dass Frauen und Männer gleichermaßen als ReferentInnen beteiligt wurden, was noch längst nicht allgemeiner Standard ist.

Zwei Stadtführungen und ein Film

Zwei historische Stadtführungen, am Anfang der Konferenz mit etwa 130 TeilnehmerInnen und nach dem Ende mit 35 Interessierten boten die Möglichkeit einer anschaulichen Vertiefung des politischen Wirkens vom jungen Marx in den sich in Köln zuspitzenden Zuständen, wo er auch Friedrich Engels kennenlernte. Das reichte von den Treffpunkten der jungen Revolutionäre über die Redaktionssitze der *Rheinischen Zeitung* und *Neuen Rheinischer Zeitung. Organ der Demokratie* (NRhZ, 1948/9) bis hin zu Orten des revolutionären Geschehens mit großen Demonstrationen am Kölner Rathaus und dem nahen Gründungsort des größten deutschen Arbeitervereins mit 7.000 Mitgliedern, den großen Arbeiterversammlungen im Saalgebäude des Gürzenich unter dem Vorsitz des Armenarztes Andreas Gottschalk, dem Marx zeitweise als Präsident (16.10.1848-27.02.1849) nachfolgte.

Die kenntnisreich kommentierte Spurensuche des Sozialhistorikers *Fritz Bilz* wurde am folgenden Sonntagmittag erweitert durch die Publizistin *Ina Hörner* vom Kölner Frauengeschichtsverein. Sie stellte in den Mittelpunkt ihres mit Texten, Dokumenten, Karten und Illustrationen angereicherten Rundganges *Mathilde F. Annes* Wirken in der revolutionären Bewegung Kölns. Heute eher in der Lokalgeschichte bekannt, übte diese frühe Feministin jedoch mit der *Neuen Kölnischen Zeitung für Arbeiter, Bauern und Soldaten* (als komplementäres Publikationsprojekt zur NRhZ) einen überregionalen Einfluss aus, ehe sie als Ordonanzoffizierin im badisch-pfälzischen Feldzug 1849 in die USA floh und dort eine hoch geehrte Aktivistin in der amerikanischen Frauenwahlrechtsbewegung wurde.

Nach einem musikalischen Auftakt mit der vielseitigen Künstlerin *Heike Beckmann*, konnte auf einer großen Leinwand während der Pausen ein etwa 25minütiger Film des Teams um *Wolfgang Zimmermann* und *Josef Tratnik* zum Tagungsthema gesehen werden. Der junge Marx, von *Marcel Batangtaris* dargestellt, befragt durch den investigativen Journalisten *Werner Rügemeier*, feierte zugleich mit einzelnen Textbausteinen eine Wiederauferstehung vor einzelnen Wirkungsstätten, die in den Stadtführungen ebenfalls thematisch wurden. Der Film im Videoschnitt von Hans-Dieter Hey (r-mediabase.eu/) kann auch auf der Homepage der RLS NRW (nrw.rosalux.de/) eingesehen werden.

Fünf Workshops

Parallele Workshops vertieften am Nachmittag einzelne historische, theoretische und aktuelle Fragestellungen:

- Der von *Fritz Bilz* und *Christoph Jünke* moderierte Workshop „**Marx und die 1848er Revolution** in Köln“ knüpfte an die vormittägliche Stadtführung an, insbesondere die Auseinandersetzung zwischen Andreas Gottschalk und Karl Marx über die Bündnispolitik der Arbeiterschaft mit dem Bürgertum. Hier zeichneten sich bereits Fragestellungen zwischen demokratisch-liberalen Reformen und einer proletarisch-sozialistischen Revolutionsstrategie ab, die das folgende 20. Jahrhundert bestimmen sollten.
- Das mit Friedrich Engels verfasste „Kommunistische Manifest“ löste in der sich entwickelnden Arbeiterbewegung einen politischen Schub aus, der im Hauptwerk „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie“ eine vertiefte wissenschaftliche Begründung erfuhr. Mit der hierbei zutage tretenden Entwicklung des Marxschen Denkens machte *Eva Bockenheimer* vom Kölner Philosophie-Verein Club Dialektik in dem Workshop „**Ein Gespenst geht um ...**“ anhand der gemeinsamen Lektüre von Textbausteinen vertraut.
- Ebenso setzte sich *Daniel Göcht* vom Club Dialektik mit dem von Marx in den Ökonomisch-philosophischen Manuskripten und in der Deutschen Ideologie (mit Friedrich Engels) entwickelten Begriff der „Entfremdung“ auseinander. Er wird nicht nur als Bewusstseinsphänomen verstanden, sondern auf die gesellschaftliche Praxis in der kapitalistischen Warenproduktion zurückgeführt. Im Workshop „**Entfremdung – ein Phänomen des Kapitalismus?**“ wurden zugleich moderne Herausforderungen wie Burnout und Beschleunigung diskutiert.
- Inwieweit unter den aktuellen Bedingungen der globalen Digitalisierung der Schlachtruf am Ende des Kommunistischen Manifestes „**Proletarier aller Länder vereinigt Euch!**“ heute von den Gewerkschaften eingelöst werden kann, versuchte der Kölner DGB-Vorsitzende *Witich Roßmann* herauszuarbeiten. Trotz marktförmiger Enteignungstendenzen ihrer sozialen Funktionen in konzernbestimmten globalen und digitalen Transformationen eröffneten sich neue Möglichkeiten widerständiger Informations-, Kommunikations- und Vernetzungsprozesse.
- Hiermit stehen freilich Erweiterungen Marxscher Theorie zur Diskussion, die *Muriel González Athenas*, Historikerin an der Ruhr-Universität Bochum, explizit in ihrer **Feministischen Kritik** einforderte. In diesem Workshop wurden neuere theoretische Ansätze auf ihre Brauchbarkeit für politische Bewegungen und Forderungen überprüft. Fragen bezogen sich

auf feministisch-materialistische Analysen, neue und alte Werkzeuge zur Gesellschafts- und Situationsbestimmung sowie deren Brauchbarkeit in den aktuellen Strategiediskussionen?

Zwei Podiumsdiskussionen

Auf die einzelnen Positionen der Teilnehmer kann hier nicht eingegangen werden. Es sollen vielmehr gemeinsame, unterschiedliche und vermittelnde Akzentsetzungen in zentralen Fragestellungen herausgearbeitet werden. Mit dem Titel „...ist die Presse frei, die sich zum Gewerbe herabwürdigt?“ fand die erste Podiumsdiskussion statt, in der die Rolle von JournalistInnen 1848 und heute zur Debatte stand. Karl Marx war in Köln politischer Aufklärung und der Organisation der Arbeitenden verpflichtet. Wie verstehen sich Journalisten heute? Haben sie eine politische Mission? Welche Folgen hat ihre Nähe zur Macht? Oder ist die Pressefreiheit nur noch eine Spielart der Gewerbefreiheit? Welche Meinungs- und Handlungsfreiheit haben JournalistInnen noch?

Unter der vermittelnden Moderation von *Ulrike Baureithel* von der Wochenzeitung Freitag diskutierten *Daniela Dahn*, Autorin und Journalistin, Berlin; *Bettina Gaus*, Journalistin, Berlin; *Walter von Rossum*, Journalist und Medienkritiker; *Frank Überall*, Journalist und Bundesvorsitzender des Deutschen Journalistenverbands (DJV). Im Zentrum standen Homogenisierungstendenzen in der „veröffentlichten Meinung“ und mediale Konzentrationserscheinungen, Beschleunigung und Digitalisierung in ihrer wechselseitigen Wirkungsweise sowie die Rolle der öffentlich-rechtlichen Medien und Medienpolitik.

Homogenisierungstendenzen kämen in einem immer weniger „eingreifenden“ Journalismus zum Ausdruck, womit eine vorgängige Selbstunterwerfung als Anpassung an den Mainstream korrespondiere - zumal bei Erfahrungen der Ablehnung bestimmter Beiträge aus politischen oder personenbezogenen Gründen. Hierfür spreche die nahezu synchrone Berichterstattung in den Leitmedien zu Russland und Putin, den Giftgaskomplexen in England und Syrien oder auch zu Venezuela und Lateinamerika, teilweise dagegen einzelne differenzierende Darstellungen, jedoch nur in kleineren Presseorganen. Entsprechend fand die den Medien pauschal zugeschriebene Rolle als eigenständiger Treiber aktueller politischer Entwicklungen keine durchgängige Zustimmung, auch wenn die Nähe zu politischen Entscheidungsträgern in diese Richtung wirke.

Strukturelle Gründe hierfür wurden in den fortschreitenden Konzentrationstendenzen bei den privaten Medien wie generell im Privateigentum nach Böckenförde erkannt, was schon 1965 in einem Leserbrief im Spiegel so auf den Punkt gebracht wurde: „Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten ...Das ist nicht von Karl Marx, sondern von Paul Sethe“ (siehe Wikipedia). Letztlich monopolisierten diese auch eine Deutungshoheit der Leitmedien, denen mit der Ablehnung abweichender Meinungen weitgehend gefolgt werde. Zudem fände unter verschärftem Wettbewerbs-, Profitabilitäts- und Digitalisierungsdruck eine rasante Beschleunigung statt, die zeit- und kostenaufwendige Recherchen wie eine seriöse Berichterstattung immer weniger möglich machten.

Hier sollten nach allgemeiner Meinung auf dem Podium die öffentlich-rechtlichen Medien bei etwa 85% Beitragsfinanzierung ein Korrektiv bilden, was aber nur beschränkt der Fall sei. Krimis, Talkshows, Fußballübertragungen bestimmten eine sich verschlechternde Sendequalität. In diese Richtung wirkten auch die wieder auflebenden Diskussionen um Kürzungen der Rundfunkbeiträge. So sei weder eine nachhaltige Medienpolitik in den Parteien etwa durch Förderung entsprechender Ausbildungsprogramme noch eine dringend erforderliche medienpolitische Diskussion erkennbar.

Hier müsste Gegendruck von unten, zivilgesellschaftlichen Akteuren und oppositionellen Kräften wie durch „Democracy now“ in den USA mit Hilfe der neuen Kommunikations- und Vernetzungsmöglichkeiten aufgebaut werden.

„Commonismus oder Kommunismus – Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie?“ bildete den Schwerpunkt der zweiten Podiumsdiskussion mit folgenden Fragestellungen: Welchen Wert haben Realutopien, modellhafte Veränderungen der Lebensweise wie damals in frühsozialistischen Utopien und heute in der Share-Economy, jenseits von Warenwirtschaft und Tauschverhältnissen? Sollten statt der von Marx noch angestrebten revolutionären Veränderung nunmehr kleine Modelle und/oder Inseln gepflegt werden? Andererseits - auf welche Eigentumsformen wollen wir hinaus, zumal Staatseigentum sich nicht bewährt hat. Haben wir noch eine Utopie, ein Bild von der Gesellschaft, wie wir sie anstreben?"

Unter der umsichtigen Moderation von *Sabine Nuss* von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin diskutierten *Raul Zelik*, Autor und Sozialwissenschaftler, Berlin; *Michael Heinrich*, Politikwissenschaftler und Autor einer Marx-Biografie, Berlin; *Friederike Habermann*, Volkswirtin und Historikerin; *Jan Dieren*, stv. Bundesvorsitzender der JungsozialistInnen.

Einigkeit bestand zunächst in der Kritik der realen Verteilungssituation, die sich im Zuge der neoliberal deregulierten Konkurrenzverhältnisse verschlechterte und den Bedürfnissen eines großen Teils der Bevölkerung nicht genüge. Wie dies durch „Commons“ zu verbessern und grundsätzlich zu verändern ist, verlangt jedoch eine realpolitische Analyse der aktuellen Widersprüche im Lichte sich abzeichnender Vergesellschaftungstendenzen. Dabei wurden zwei Problemkreise im Staats- und Genossenschaftseigentum herausgestellt: Während im ersteren mit dem Zusammenfallen von Ökonomie und Herrschaft in der Staatsbürokratie totalitäre Tendenzen angelegt seien, liefen genossenschaftliche Insellösungen Gefahr, in einem Marktsozialismus mit eingeschriebenen Konkurrenzverhältnissen aufzugehen, in denen nur die zahlungsfähigen Bedürfnisse befriedigt würden. Dagegen erforderten dezentrale Kooperationsbeziehungen zwischen den Betrieben wie eine allseitige Bedürfnisbefriedigung einen Bruch mit der Profitlogik. Dieser seien bereits größere Infrastrukturbereiche der gesellschaftlichen Grundversorgung in Gesundheit und Bildung, Kultur und Nahverkehr wenigstens teilweise entzogen worden; doch erfährt dieser „Infrastruktur-Sozialismus“ eine verstärkte Kommerzialisierung, eine Art zweiter kapitalistischer „Landnahme“.

Es bleibe jedoch die Gewaltfrage, da die gegebenen Eigentums-, Produktions- und Herrschaftsverhältnisse sich nicht von allein vergesellschaften. Es bedürfe vielmehr kollektiver politischer Aktionen, so sehr eine Veränderung der Individuen selbst und lernende Kollektive mit neuen sozialen Beziehungs- und individuellen Lebensformen in einer sich verbreiternden inklusiven Commons-Bewegung wünschbar seien. In ihrer realutopischen Perspektive wurden in der anschließend ins Plenum geöffneten Diskussion insbesondere angesprochen: das Studium der regionalen Vielfalt genossenschaftlicher Projekte in Deutschland und Europa sowie die grundgesetzliche Unterscheidung zwischen Privateigentum und Gemeineigentum. Die verfassungspolitisch gebotene Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die Zulässigkeit seiner Enteignung zum Wohl der Allgemeinheit und die Möglichkeit von Vergesellschaftungsmaßnahmen könnten den von Heinemann am Ende seiner Einleitung angesprochenen „Gegenentwürfen“ in der Commons-Bewegung einen institutionellen Rahmen bieten.